Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 272. Mittwoch den 21. November. 1849.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen Publikums werden wir Ausnahmsweise für den Monat December ein Abonnement für 10 Sgr. einrichten, welches man in der unterzeichneten Zeitungs-Expedition und beim Kaufmann Herrn G. Bielefeld am Markt zu bestellen beliebe. Wir hoffen dadurch um so mehr den Wünschen des Publikums zu begegnen, als die in diesen Monat fallende Weihnachtszeit der Zeitung besonderes Interesse zu verleihen pflegt. Abgesehn hiervon hat die seit dem 1. Oktober veränderte Redaktion es sich angelegen sein lassen, sowohl in Berlin, als auch besonders in allen bedeutenderen Städten der Provinz zuverlässige Correspondenten sich zu verschaffen; so daß sowohl hinsichtlich des allgemeinen, als auch des provinziellen Interesse den Ansprüchen der geehrten Leser genügt sein dürfte.

Posen, den 20. November 1849.

Die Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp.

Berlin, den 19. Novbr. Se. Majestät der König haben folgenden Offizieren und Militair-Beamten die nachbenannten Auszeichnungen Allergnädigst zu verleihen geruht:

1) Königl. Baierische Offiziere und Beamte. General-Major von Weishaupt, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Schwertern; Oberst-Lieutenant v. Liel, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit Schwertern; Amts-Physikus Dr. Jürgens und Unter-Arzt Dr. Ludwig, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse.

2) Königl. Sächsische Offiziere: Ober-Lieutenants Kästner und Freiherr v. Biedermann vom Garde-Reiter-Regiment, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse mit Schwertern.

3) Königl. Hannoversche Offiziere: Hauptmann und Flügel-Adjutant v. Slicher, die Schwerter zum Rothen Adler-Orden dritter Klasse.

4) Königl. Würtembergische Offiziere: General-Major v. Baur, Chef des Kriegs-Departements, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse; Oberst v. Reinhard, Kommandant des 8ten Inf.-Regiments, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit Schwertern; Hauptmann Fischer vom General-Quartiermeister-Stabe, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse m. Schwertern.

5) Kurfürstl. Hessische Offiziere: Oberst Weiß, Commandeur des 3ten Infanterie-Regiments, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit Schwertern; Hauptleute vom Generalstabe, von Sturmfeder und von Ende, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse mit Schwertern.

6) Großherzogl. Hessische Offiziere und Militär-Beamte: General-Lieutenant und Kriegs-Minister v. Schäffer, den Stern und die Schwerter zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Schwertern; General und Divisions-Commandeur von Bechtold, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Schwertern; Oberst v. Bechtold, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit Schwertern; Hauptmann Becker, Majors du Hall und Neidhard, so wie Hauptmann Becker von der reitenden Artillerie, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse mit Schwertern; Stabs-Arzt Dr. v. Siebold, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse.

7) Großherzogl. Badensche Offiziere: Oberst von Krieg, die Schwerter zum Rothen Adler-Orden dritter Klasse; Major Kunz vom Kriegs-Ministerium, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit Schwertern; Rittmeister Hecht vom 2ten Dragoner-Regiment, Hauptmann Keller vom Generalstabe, Premier-Lieutenant v. Kleudgen von der Artillerie, Ober-Lieutenant von Freydorf von der reitenden Artillerie und Seconde-Lieutenant von Schilling, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse mit Schwertern.

8) Großherzogl. Mecklenburgische Offiziere: Oberst und Brigade-Commandeur v. Witzleben und Oberst-Lieutenant von Bernstorff, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit Schwertern; Oberst-Lieutenant v. Nußbaum, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse mit Schwertern.

Berlin, den 20. November. Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen ist aus Westfalen hier eingetroffen.

Se. Durchlaucht der Fürst August von Sulkowski ist von Schloß Reisen, Se. Excellenz der General-Lieutenant, außerordenliche Gesandte und bevollmächtigste Minister am Kaiserlich Russischen Hofe von Rochow, von Breslau, und der Königlich Bayerische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, von Malzen, von Stuttgart hier angekommen. — Se. Durchlaucht der Herzog Christian zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg ist nach Magdeburg abgereist.

Deutschland.

△ Berlin, den 18. November. Die Ihnen jüngst zugekommene Nachricht von der, seit dem 8. d. M. erfolgten Auflösung sämmtlicher Sitzungen demokratischer Vereine bis auf deren zwei scheint auf einem Irrthum zu beruhen; denn alle Straßenecken sind mit Anzeigen und Aufforderungen zum Besuch dieser Vereine bedeckt, und deren Versammlungen finden so zahlreich statt, daß die Behörde kaum im Stande ist, das nöthige Beaufsichtigungspersonal zu liefern. Die Schließung dieser Vereine würde allerdings zur großen Beruhigung der Bewohner Berlins dienen, und man erwartet diese Maaßregel von dem nun in Bälde in den Kammern zu votirenden Preß- und Clubb-Gesetz, bis dahin aber schwebt die Stadt in Besorgniß, die durch den bevorstehenden Prozeß Waldeck keineswegs vermindert wird. Man zweifelt hier nämlich nicht an der Freisprechung des Angeklagten und an einer, derselben folgenden großartigen Prozession zu seinen Ehren, die leicht den Charakter einer Demonstration annehmen könnte, von der sich die daraus fließenden Folgen nicht vorhersehen, noch berechnen lassen. Die Behörden sind inzwischen wachsam und vorbereitet; ja man munkelt sogar von Wiedereinführung des Belagerungszustandes, wozu für den Augenblick jedoch kein rechtfertigender Grund vorhanden ist, und zu dem die Regierung sicher nur im Falle der höchsten Nothwendigkeit schreiten würde.

Die Differenzen zwischen den Mitgliedern des Treubundes haben sich gütlich gelöst, aber der Stifter desselben, Graf Luckner, ist ausgetreten.

Die Ihnen mitgetheilte Nachricht eines bedeutenden Feuers vor dem Thore in der Nacht vom 15. auf den 16. dieses kann ich heut dahin vervollständigen, daß es sich auf eine Mühle beschränkte, die freilich bis auf den Boden abgebrannt ist. — Die Bestattung des verstorbenen Chefs der Kriminal-Polizei, Inspectors Gsellius, fand gestern früh hier Statt, und wurde auf eine sehr feierliche und würdige Weise begangen. Der Polizei-Präsident, sämmtliche Räthe, eine bedeutende Deputation der gesammten Schutzmannschaften folgten dem Zuge, dem sich noch eine lange Reihe von Fußgängern und Equipagen anschlossen.

Berlin, den 18. November. (Berl. N.) Sitzung der Central-Commission zur Prüfung des Staatshaushaltes, vom 26. Oktober: Ausgabeetat für das Büreau des Ministerpräsidenten, das geheime Civilkabinet und die General-Ordens-Commission: Gegen die Höhe des Diensteinkommens des Ministerpräsidenten, das dem der übrigen Minister gleich steht, ist vorbehaltlich der allgemeinen Beschlußnahme über die Normirung der Gehälter sämmtlicher Ministerialbehörden, ebensowenig als gegen die Zahl und das Einkommen der im Büreau des Ministerpräsidenten angestellten Beamten etwas erinnert. Die Minister beziehen gegenwärtig ein Gehalt von 10,000 Thlrn. nebst einer Dienstwohnung, die vom Staate möblirt wird; die beim Wechsel des Inhabers früher zuweilen verwilligten Einrichtungsgelder können nicht mehr vorkommen. — Die Centralkommission hat es anerkannt, daß eine Verschmelzung des Geheimen Civil-Cabinets mit dem Büreau des Ministerpräsidenten zur Zeit nicht thunlich sei. Jenes Cabinet hat die Bestimmung, die zahlreichen Immediat-Bittschriften zur ressortmäßigen Erledigung zu befördern, die laufenden Verwaltungsberichte der Centralbehörden zum Immediatvortrage zu bringen, die Verwaltung der Allerhöchsten Dispositionsfonds zu vermitteln und in eiligen oder minder erheblichen Angelegenheiten, wo ein Staatsministerialvortrag entbehrt werden kann, die Allerhöchste Entschließung einzuholen. Dagegen schien bei dem jetzigen Geschäftsgange die große Zahl der darin angestellten Subalternbeamten nicht mehr gerechtfertigt und es wurde deshalb eine Ermäßigung derselben empfohlen. In Betreff der General-Ordens-Kommission war die Centralkommission einstimmig der Meinung, daß dieselbe aufzuheben, daß die Geschäfte derselben einem der vorhandenen Ministerialbureaus zu übertragen und der unerläßliche Geldbedarf aus dem Etat dieses Ministeriums aufzubringen sei. Die Centralkommission hält den Etat des Bureaus des Ministerpräsidenten für den geeignetsten Ort, um die Ausgaben zu übernehmen. Auch hat sie einstimmig sich darüber ausgesprochen, daß Dekorationen in Brillanten oder andere sehr werthvolle Dekorationen der Staatskasse künftig nicht mehr zur Last gestellt werden möchten. — Die in Betreff der von Preußen ausgelegten Feldzugskosten, bei Gelegenheit der Hülfsleistung in Dresden und der Pfalz, zwischen Preußen und Baiern und Preußen und Sachsen entstandenen Differenzen sind nunmehr ausgeglichen. (Aber wie?) — Seit der Bekanntwerdung der Anklage-Akte gegen Waldeck und Ohm werden hier so viele beunruhigende Gerüchte verbreitet, daß die Behörden angewiesen worden sind, den Urhebern jener Gerüchte nachzuforschen, um sie zur Rechenschaft zu ziehen. — Die Const. Corr. enthält Folgendes: Der Prozeß Waldecks wird mehrfach und namentlich von Seiten der oppositionellen Partei als eine von der Regierung unmittelbar ausgegangene Operation gegen die Demokratie dargestellt. Es beruht dies auf einer gänzlichen Verkennung derjenigen staatlichen Institutionen, welche als eine Consequenz des constitutionellen Systems betrachtet werden müssen. Der Staatsanwalt prüft in voller Selbstständigkeit das ihm vorliegende Material und entscheidet lediglich auf Grund seiner eigenen Ueberzeugung über die Statthaftigkeit der Anklage. So hat er denn auch in dem vorliegenden Falle die erforderlichen Materialien von den betreffenden Behörden selbst requirirt und von der ihm in Folge des damaligen Belagerungszustandes eingeräumten Befugniß, Verhaftungen zu dekretiren, Gebrauch gemacht. Noch auffallender muß es aber erscheinen, daß man die Schritte im Prozeß Waldeck ausschließlich mit den Absichten der Regierung identifiziren will, wenn man bedenkt, daß die Ansicht des Staatsanwaltes noch von einem Anklagesenat unabsetzbarer Richter geprüft, und daß ihr nur nach ausdrücklicher Bestimmung des letzteren Folge gegeben wird. Dieß ist hier geschehen, und wenn man dennoch behaupten wollte, daß der Einfluß der Regierung in solchen Fällen noch immer maaßgebend sei, so hieße das nichts Anderes, als von den constitutionellen Institutionen überhaupt behaupten, daß sie nicht genügend seien, die Sicherheit der Staatsbürger gegen Willkühr zu schützen. — In der Werkstätte des Steinmetzmeisters Müller wird gegenwärtig an dem Unterbau zu der Bildsäule Friedrichs des Großen fleißig gearbeitet. Derselbe wird aus Schlesischem Granit zusammengesetzt, der erst vor einigen Tagen vollständig hier angelangt ist. — Das Gesuch eines hiesigen Kaufmanns zur Errichtung von Privat-Telegraphen ist, wie leicht vorauszusehen war, abgeschlagen worden. — Die Beitrittserklärung Würtembergs für das Interim ist eingegangen.

— (Const. Z.) Die in der Sitzung des Geschwornen-Gerichts am 16. November verhandelte Anklage betraf die bekannten Ereignisse, die sich auf dem Dönhofsplatze und in dessen Umgegend in den Apriltagen nach der Auflösung der zweiten Kammer zutrugen. Es ist deshalb die Anklage erhoben worden gegen Gries, Pester und Meier wegen thätlicher Widersetzlichkeit und Mißhandlung gegen Abgeordnete der Obrigkeit, die zur Stillung eines Auflaufs herbeigeeilt sind und gegen Brünn wegen versuchter Widersetzlichkeit gegen Abgeordnete der Obrigkeit. Der Staatsanwalt beantragte nun auf Grund des Tumultgesetzes gegen jeden der beiden Angeklagten eine 4jährige Zuchthausstrafe nebst Verlust der Nationalkokarde, der Gerichtshof verurtheilte sowohl Gries als auch Brünn einen jeden zu 3 Monaten Gefängnißstrafe, auf Grund §. 14 der Verordnung vom 30. Juni c., wobei den Angeklagten jedoch 2 Monat des erlittenen Untersuchungs-Arrestes angerechnet werden. Die Angeklagten Pester und Meier wurden entlassen.

— Am 24. Okt. starb in Stuthof bei Altdamm ein 16jähriger Knabe an der Wasserscheu; er war von seinem eigenen von der Tollwuth ergriffenen Hunde gebissen. — Ein gleicher Unglücksfall ereignete sich im Anklamer Kreise ebenfalls bei einem Kinde, wo auch vieles von einem tollen Hunde gebissene Vieh der Tollwuth verfiel. — Eine Nachricht aus Anklam besagt, daß die dortige Sekte der Baptisten sich zu organisiren anfange, nachdem sie in der Person eines vor Kurzem dahin gezogenen Schuhmachers v. d. Kammer einen geistlichen Vorstand und Führer gefunden hat. — In der Ostsee gehen jährlich Schiffe verloren und verschwinden zum Theile spurlos. Das am 29. Oct. statt gefundene Verunglücken des von Newcastle nach Swinemünde bestimmten Preußischen Schiffes „Neptun", dessen aus 11 Mann bestehende Besatzung von dem zufällig mit seinem Schiffe in der Nähe befindlichen Capitain Karstaedt nach vielen Anstrengungen geborgen wurde, hat die frühere Vermuthung um ein Bedeutendes bestärkt, daß ein beträchtlicher Theil der verschwundenen Schiffe seinen Untergang auf der etwa 8 Meilen von Swinemünde belegenen Untiefe der sogenannten Oderbank gefunden habe. (Const. Z.)

Tilsit, den 9. November. Heute rückte ein 20 Pferde starkes Dragonerkommando unter Anführung des Lieutenant von Müffling von hier nach Schmaleningken, um, wie es heißt, die Kassen der dortigen Behörden gegen etwaige räuberische Ueberfälle zu sichern, sowie die Polizeibehörde in ihren Maaßregeln zur Sicherheit der dortigen Gegend zu unterstützen. (G. a. M.)

— Ueber diese räuberischen Ueberfälle wird demselben Blatte aus Schmaleningken, u. A. geschrieben: Das Treiben des berüchtigten Räubers Kretinos und seiner Bande bringt seit einiger Zeit eine besondere Lebhaftigkeit in unserer Grenzgegend hervor. Man hat bis jetzt nicht gehört, daß dieselbe Räubereien oder auch nur Diebstähle auf Preußischem Gebiete ausgeübt; sie scheint nur einen zeitweiligen sicheren Aufenthalt im Bereich der Juraer Forst gegen Verfolgung der Russischen Behörden zu suchen. Ihre eigentliche räuberische Thätigkeit ist jenseits der Grenze in Rußland und Polen; dort sollen die wohlhabenden Gutsbesitzer durch Plünderung und gewaltsame Diebstähle viel von ihr zu leiden haben; auf unserer Grenze zahlt sie ihre Requisitionen stets baar und reichlich. Der Aufenthalt dieser Bande in der hiesigen Gegend ist indessen jedenfalls gefahrvoll,

wir erinnern dabei an den Tod des Gutsbesitzers Schweisinger, über den auch noch nach der näheren Untersuchung ein Dunkel schwebt. Reisende haben öfters durch die Neckereien dieser Bande zu leiden, und leicht können solche Neckereien in bedauerliche Gewaltthätigkeiten ausarten. So passirte vor einigen Tagen ein wandernder Schneider den Weg durch die Juraer Forst, der von Krotinos und mehreren seiner Leute angehalten und scherzweise seiner Baarschaft beraubt wurde; auch ängstigte man ihn durch Drohen mit den Gewehren, gab ihm dann aber lachend sein Geld zurück, sowie ein gutes Stück Speck und Brod auf die Reise.

Gotha, den 12. November. Prinz Albert, der Gemahl der Königin von England, hat als nächster Agnat des herzoglichen Hauses — er ist bekanntlich der Bruder nnseres Herzogs — beim hiesigen Justiz-Collegium, der obersten Gerichts-Behörde unseres Landes, Klage gegen einen Beschluß der gegenwärtig vertagten Abgeordneten-Versammlung erhoben. Dieser Beschluß lautete nämlich bei Feststellung der Civilliste für den Herzog dahin, daß alle Domänen, die bisher im Interesse des fürstlichen Hauses verwaltet wurden, Staatseigenthum sein sollten. In Folge eines auf eine alte Urkunde gestützten Erwerbtitels protestirte damals schon der Herzog gegen diesen Beschluß, und Prinz Albert, der bei der Kinderlosigkeit des fürstlichen Paares seine Rechte an den beanspruchten Domänen gefährdet sieht, hat jetzt durch den früheren Minister von **Lepel** den Klagweg gegen jenes Conclusum einschlagen lassen. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

Stuttgart, den 14. November. So ist nun der Fehdehandschuh hingeworfen, und ob dem Stände-Eid wird der erste und vielleicht entscheidende Kampf zwischen der neuen Regierung und der verfassungrevidirenden Kammer entstehen. Man hört nämlich, daß die Ansicht der hiesigen Häupter der Volkspartei entschieden gegen ein Eingehen auf den Weg der Regierung, der im Beobachter ein Octroyiren genannt wird, gerichtet sei. Bleibt es hierbei, so würde nur etwa ein Drittel der Abgeordneten, unter Römer's Führung den neuen Eid leisten und die übrigen protestiren, also die Kammer gar nicht zu Stande kommen. Bereits haben die hiesigen Abgeordneten der Volkspartei eine Versammlung der Abgeordneten ihrer Ansicht auf den 19. hierher einberufen. (Deutsche Ztg.)

Karlsruhe, den 15. November. (Fr. O.-P.-A. Z. Wie so eben bekannt wird, hat der Großherzog für alle diejenigen politischen Verbrecher, gegen welche bis auf zweijährige Zuchthausstrafe bereits erkannt ist, oder nach dem Antrage des Staats-Anwaltes noch erkannt werden sollte, eine **vollständige Amnestie** erlassen.

Oesterreich.

LNB **Wien**, den 16. November. Die Fortdauer des Ausnahmszustandes und die sich daraus ergebende Anwendung von Militärstrafen (körperliche Züchtigungen und Schanzarbeit) für Civilpersonen beschäftigen fortwährend unsere Presse. Die Härte dieser Strafe dürfte nach folgender Schilderung für Viele neu sein. Die Verpflegung der Schanzarbeitssträflinge darf mit Ausnahme der Commisbrod-Portion nur täglich $3\frac{1}{2}$ kr. kosten; der Sträfling darf von Außen keine Zubuße erhalten und nur dann um einige Kreuzer besser verpflegt werden, wenn er den ganzen Tag bei öffentlichen Arbeiten sehr thätig war. Beim Eintritte werden dem Sträflinge die Haare kurz abgeschnitten, Springer von $3\frac{1}{2}$ auch $5\frac{1}{2}$ Pfund Gewicht an beide Füße genietet und an die Stelle der eigenen Kleider demselben uniforme Sträflings-Montourstücke verabfolgt. Seine Behausung ist die Casematte, seine Lagerstätte ist obligat das nackte Bretterholz der Pritsche. Nur im Winter erhält er eine wollene Decke, welche jedoch in einigen Festungen wieder abgeschafft worden sein soll. — Die heutigen offiziellen Nachrichten aus Widdin vom 4. d. lassen die schon früher gestellte Voraussetzung einer Translocirung der Ungarischen Flüchtlinge nach Schumla als vollbrachte Thatsache hervortreten. Der hierüber erstattete Bericht lautet wörtlich also: Die gesammte Magyarische Emigration ist nach Schumla transportirt worden. Am 30. Oktober ging der erste Zug aus Polen bestehend, 400 Mann stark, dahin ab. Murat-Pascha, ehemals Bem, stand an der Spitze desselben; ihm schlossen sich auch Mezarasch und Graf Vay an. Am 31. Oktober zogen 102 Italiener unter Graf Monti ab. Am 1. Nov. setzte sich der dritte Zug aus sämmtlichen Renegaten, mit Ausnahme Bem's und Balagk's, bestehend, unter Anführung Stein's jetzt Fehrad Pascha, 165 Köpfe stark, in Bewegung. Diesen Zug schloß Kmetti (Kiamil Pascha) sammt Suite. Am 3. November zogen die Magyaren mit einigen Fremden in der Stärke von 320 Mann ab. — Kossuth trug eine große weiße Feder am Hute; an seiner Seite ritt der Urheber der Ermordung Lamberg's Balogh. In diesem Zuge befanden sich Graf Cas. Batthiany, beide Perczel's und der Pole Przyjemski. Zu Fuß und zu Wagen folgten an 40 Frauenzimmer, meist der leichtfertigsten Gattung. Die Gräfin Batthiany fuhr in einer besonderen Equipage. Der Exministerialrath Hazmann saß auf einem zweirädrigen Karren; überhaupt hatte der Zug ein Don Quixote'sches Ansehen. — In Kitzbühel, in dem ruhigen loyalen Tirol, brachten in der Nacht vom 6. auf den 7. d. etwa 20, in der Dunkelheit unkenntliche Bauernburschen dem Landgerichts-Amtsverwalter eine großartige Katzenmusik, die mit einer Menge Anreden in Knittelversen durchflochten war. Doch fielen bei dieser Produktion keine weiteren Excesse vor. — In dem nach Klattau in Böhmen verlegten und in der Reorganisation begriffenen Husaren-Regimente „König v. Hannover" befinden sich 3 Ungarische Grafen als Gemeine assentirt. — Ueber die Unsicherheit der Straßen in Ungarn laufen fortwährend unerfreuliche Berichte ein, und wenn man wiederholt von Wegelagerern hört, welche den zur Messe reisenden Kaufleuten die Baarschaft rauben, so glaubt man sich in das tiefste Mittelalter versetzt. — Der hiesige Telegraphen-Direktor Dr. Gintlo hat einen telegraphischen Apparat zusammengestellt, welcher sich bei jedem Eisenbahnzuge bequem mitführen, bei einem Unfalle gleich am Platze schnell aufstellen läßt und mittelst dessen man von jedem Punkte der Bahn nach einer nahen oder fernen Station telegraphiren kann, um von dort schleunige Hülfe zu verschaffen. Die Versuche, welche mit diesem Apparate, der nur fl. 50 kostet, gemacht wurden, sind sehr befriedigend ausgefallen. — Die Abreise des Kaisers nach Prag ist nun auf nächsten Sonntag bestimmt und es wird wiederholt versichert, daß mehrere Minister S. M. begleiten werden. — Nicht nur die Reorganisation des Justiz-, auch jene des Steuerwesens und insbesondere des Catasters ist mit großen Auslagen verbunden. So wird die trigonometrische Vermessung Ungarns allein auf 9 Millionen veranschlagt. — Das Grundrecht der Gleichberechtigung ohne Rücksicht auf das religiöse Glaubensbekenntniß scheint sich bei der Armee einer besseren Beherzigung, als in der Civilverwaltung zu erfreuen. So ist es seit der Proklamation der Verfassung v. 4. März nicht wenigen Israeliten gelungen, sich durch ausgezeichnete Befähigung zu Offiziersstellen in den verschiedenen Waffengattungen von der Pike auf zu schwingen, während bei der Anstellung von Civilbeamten Nichts derartiges verlautet.

Die „Presse" fährt fort, der Beendigung des Ausnahmszustandes das Wort zu reden, indem sie, wie früher gegen den Gemeinderath, nun gegen die reaktionären Journale zu Felde zieht. Die Besonnenheit, zu welcher die Bevölkerung zurückgekehrt ist, die Preß- und Assoziationsgesetze, die völlig zu Stande gebrachte Entwaffnung und ein weiterer Aufschub für Einsetzung der Nationalgarde erscheinen der Presse als ausreichende Garantie für Erhaltung der Ruhe und Ordnung. — Die Schwierigkeit der Vereinbarung der verschiedenartigen Interessen und selbst der Verheißungen des Zolleinigungsprogramms stellt sich immer mehr heraus. So sind wohl zum umfassenden Schutze der inländischen Arbeit hohe Schutzzölle zugesagt; allein diese finden sich in dem Zollvereine nicht vor. Auch ist der Stand der Industrie in den beiderseitigen Gebieten ein sehr verschiedener, wie dies besonders bei Garn und Eisen hervorgeht; es wäre daher unter sich kreuzenden Interessen wünschenswerth zu entnehmen, ob in der Hand, welche hier die Wage hält, das Zünglein sich auf die Seite der Zolleinigung oder des Arbeitsschutzes neigt. Dagegen wird mit weiteren Enthüllungen über einzelne Positionen des Tarifsentwurfes fortgefahren. Wichtig ist in dieser Hinsicht die heutige Mittheilung, daß für alle rohe Metalle ungefähr die allgemeine Eingangsabgabe drs Zollvereins, die bekanntlich 15 Silbergroschen oom Zollzentner beträgt, in Antrag gebracht worden ist. Bei Eisen wird jedoch dabei vorausgesetzt, daß der Antrag der Eisenerzeuger, im Zollverein den jetzigen Zollsatz von 10 Sgr. mäßig und für einige Jahre zu erhöhen, berücksichtigt werden wird. Die Einfuhr des Zinks würde im Zollverein auf 1 Thaler herabgesetzt und in Oesterreich auf $\frac{1}{2}$ Thaler erhöht, worin ebenfalls eine wünschenswerthe Anbahnung erblickt wird. Freilich aber wird auch der Anstoß nicht verkannt, den die bereits erwähnten Vorschläge dadurch erleiden; daß der „Preuß. Staatsanzeiger" von einer Assimilirung der beiderseitigen Tarife in dem Sinne Nichts wissen will, daß gewisse Tarifsätze des Zollvereins eine Erhöhung erfahren sollen.

Frankreich.

Paris, den 13. November. (Nat Z.) Dreizehnter Mai — dreizehnter Juni — dreizehnter November, welche Unglücksdata! Der hohe Gerichtshof zu Versailles hat sein Urtheil mit beispielloser Strenge gesprochen. Zur Deportation sind verurtheilt: alle Volksvertreter: Commissaire, Maigue, Fargin-Fayolle, Pilhes, Daniel-Lamazière, Boch, Bauthier, Deville, Hambon, mit Ausnahme von Zweien: Lourion, der freigesprochen und Suchet, der zu fünf Jahren Gefängniß verurtheilt ist; ferner zur Deportation: Guinard, André, Dufélix, Lebon, Paya und Schmitz. Zu 5 Jahren Gefängniß, außer Suchet: Montbel und Fraboulet; freigesprochen: Maillard, Baune, Bureau, Achintre, Delahaye, Merliot, Vernon, Angelot, Lemaitre, Forestier, alle, wie Sie wissen, ohne daß eine Vertheidigung statt gehabt hätte. Man sagt, daß von den 36 Geschworenen 33 für die Verurtheilung waren, und man hat bemerkt, daß selbst da, wo die Geschwornen das Komplott nicht angenommen, der Gerichtshof gleichwohl die höchste Strafe ausgesprochen hat ... politische Gerechtigkeit!... Unmittelbar nach der Verurtheilung wurden die Verurtheilten von ihren Freunden getrennt, aller Zutritt zu ihnen versagt und selbst ihren Familien nur eine halbe Stunde zum Abschied gegönnt .... politische Gerechtigkeit! Und während wir von Versailles diesen verdammenden Spruch erhalten, kommt uns von Besançon die freudige Nachricht zu, daß sämmtliche Angeklagte des Oberrheins von aller Schuld freigesprochen sind.

Paris, den 14. November. Im Elisee ward gestern ein zweistündiger Cabinetsrath gehalten, dem sämmtliche Minister beiwohnten. — Nachdem gestern zu Versailles die Urtheile verkündigt und die Gefangenen abgeführt worden waren, machte der Präsident die Entscheidung des Gerichtshofes bezüglich eines Protestes der Advokaten wegen Insultirung durch einen Zeugen, so wie bezüglich der Klage des General-Prokurators gegen den den Advokaten Thourel bekannt, dankte sodann der Jury für ihre Dienste und erklärte, daß ihre Obliegenheiten zu Ende seien. Unter großer Aufregung brach der Gerichtshof auf. Noch eine Zeit lang umgaben den Gerichtssaal Gruppen, in denen man die freigesprochenen Gefangenen und die zum Theile weinenden Verwandten der Verurtheilten bemerkte. Am Donnerstag tritt der Gerichtshof nochmals zusammen, um über die Ageklagten, welche sich nicht gestellt haben, das Urtheil zu fällen. Die Verurtheilten wurden gestern fast unmittelbar nach Verkündigung des Urtheils aus dem Gefängnisse zu Versailles unter Bedeckung einer Schwadron Dragoner, den Carabiner in der Faust, nach der hiesigen Conciergerie gebracht. Ein Bataillon der Jäger von Vincennes war längs der Straße vertheilt. Von hier sollten die Verurtheilten in verwichener Nacht auf der Orleans-Bahn nach Blaye abgeführt werden. Man schreibt L. Napoleon die Absicht zu, die den Verurtheilten zuerkannten Strafen zu mildern. Der Berg soll mit Erlassung einer Proklamation an das französische Volk umgehen, die sich natürlich strenge tadelnd über das Urtheil des Gerichtshofes aussprechen wird. (Köln. Z.)

— (Köln. Z.) Das Urtheil des hohen Gerichtshofes zu Versailles ist fortwährend das Tagesgespräch, während die Organe der Presse je nach ihrer Parteistellung dasselbe billigen, rechtfertigen oder verdammen. Man stellt dies strenge Urtheil, das besonders hinsichtlich der angeklagten Repräsentanten auffällt, mit den fast überall in den Departements erfolgten Freisprechungen der Juni-Angeklagten, so wie mit der eben bekannt gemachten Amnestirung von 700 Juni-Insurgenten von 1848 zusammen, und neigt allgemein zu der Ansicht hin, daß die Vertheidiger ihren Clienten durch ihren Rücktritt sehr beschadet haben. Es heißt übrigens, daß diese Anwälte sämmtlich auf zwei Jahre suspendendirt werden sollen. Gestern Abend unterhielten sich auf den Boulevards und in den belebten Stadtvierteln zahlreiche Gruppen, über das Ereigniß des Tages, verhielten sich aber durchaus ruhig, so daß die hin- und hergehenden Patrouillen nichts zu thun fanden. Unter den Repräsentanten vom Berge war vorgestern ernstlich von einem Austritte in Masse die Rede, um durch Neuwahlen vom Volke selbst entscheiden zu lassen, ob sie und ihre jetzt verurtheilten Collegen am 13. Juni die Verfassung mit Unrecht für verletzt erklärt hätten. Der Plan war jedoch aufgegeben, da Lagrange auseinandersetzte, wie gefährlich bei der jetzigen Unsicherheit der Zustände die Abwesenheit der entschiedenen Vertreter der Republik sein würde. — Thiers soll über L. Napoleon wegen seines neuesten revolutionären Auftretens geäußert haben: „Seit dem 31. Oktober ist er allein eine ganze provisorische Regierung."

In der **heutigen** Sitzung der **National-Versammlung** verlangt der Kriegs-Minister einen Ergänzungs-Credit von 37,967,300 Fr. für unvorhergesehene Ausgaben des Jahres 1849, was Charras Anlaß giebt, seine frühere Behauptung zu wiederholen, daß die Expedition nach Rom in der Wirklichkeit 36 Millionen, und nicht blos die 8 Millionen gekostet habe, welche berechnet worden seien. Nachdem der Berichterstatter der Commission erklärt hatte, daß dieselbe in Erwägung des Effektivstandes der Armee, welcher gegenwärtig 426,000 Mann betrage, für die Bewilligung des Credits sei, wurde der Antrag des Ministers mit 393 gegen 166 Stimmen angenommen. — Der Finanzminister **Fould** nimmt hierauf inmitten tiefen Stillschweigens das Wort, um das neue finanzielle Programm der Regierung vorzutragen. Er verliest eine sehr weitläufige Darlegung von Motiven, worin er im Wesentlichen sagt: „Die Versammlung und das Land erwarten mit Ungeduld, daß das neue Cabinet mit seinem Finanz-Systeme hervortrete und dasselbe auseinander setze. Dies ist eine Pflicht, welche wir erfüllen werden. Das neue Cabinet will zu einem wirklichen Gleichgewichte zwischen den Ausgaben und Einnahmen gelangen. Es will die Hauptgrundsätze aufrecht halten, welche bisher die Finanzverwaltung geleitet haben, indem es für die Zukunft auf wichtige Abänderungen bedacht ist. (Ironisches Lachen.) Inmitten der täglichen Angriffe auf die Ordnung, inmitten der Umsturz-Ideen, welche sich Bahn brechen und Wurzel zu fassen trachten, bedarf es einer heilsamen Strenge und eines festgeschlossenen Systems Der Redner giebt nun eine Auseinandersetzung der finanziellen Lage, aus welcher ein Defizit von 287 Millionen hervorgeht. Er fährt sodann fort: „Unter diesen Umständen sind wir gezwungen, von Ihnen die Beibehaltung der Getränksteuer zu verlangen. (Lange Unterbrechung.) Wir kündigen ferner der Versammlung an, daß wir den (von Passy vorgelegten) Gesetzentwurf für eine Einkommensteuer zurückziehen. (Neue Ausrufungen; längere Unterbrechung.) Der Minister erklärt zum Schlusse, daß das Ministerium fünf Entwürfe vorschlage, durch welche verlangt werde: 1) die Zurücknahme des Entwurfs in Betreff der Einkommensteuer; 2) die Aufhebung des Dekrets der Constituirenden in Betreff der Abschaffung der Getränkesteuer; 3) die Revision des die Einregistrirung betreffenden Gesetzes vom Jahre sieben; 4) ein Entwurf in Bezug auf das Briefporto; 5) ein Vertragsentwurf zwischen der Bank von Frankreich und dem Staate. Der Minister verlangt, daß diese Entwürfe der Budget-Commission zur Prüfung zugewiesen werden sollen. Dem Votrage des Ministers folgt die lebhafteste Aufregung; besonders erregt die Ankündigung in Betreff der Getränksteuer heftiges Mißfallen auf der Linken. **Fould** will noch sprechen, allein der Berg erhebt einen solchen Lärm, daß der Präsident einen Augenblick im Begriffe steht sich zu bedecken. Fould verläßt die Tribune. Die namentliche Abstimmung über die Frage der Verweisung an einen besonderen Ausschuß oder an die Budget-Commission, worin schon eine Art Vorentscheidung über die Wiederherstellung der Getränksteuer selbst liegt, wird mit Ungestüm von der Linken verlangt. Für die Verweisung an eine besondere Commission ergeben sich 236 Stimmen, dagegen 392 Stimmen (Mißfallen auf der Linken.) Man bemerkt die außergewöhnlich bedeutende Anzahl der Repräsentanten (628), die an der Abstimmung Theil genommen haben.

Paris, den 15. Nov. Der Polizeipräfekt Carlier hat an die hiesigen Polizeicommissare ein weitläufiges Rundschreiben gerichtet, worin er ihnen bezüglich alles dessen, was die öffentliche Ordnung und Sicherheit angeht, die sorgsamste Thätigkeit anempfiehlt und sie namentlich auffordert, die Lage der Arbeiterklassen zu studiren, die gutgesinnten Arbeiter zu belehren und ihnen nach Kräften förderlich zu sein, die schlechten aber zu überwachen und im Zaume zu halten, die Vereine, Verbrüderungen rc. strenge zu beaufsichtigen und geeigneten Falls gegen sie einzuschreiten, endlich die Kundgebungen der öffentlichen Stimmung sorgfältig zu studiren und ihn von denselben in steter genauer Kenntniß zu erhalten. (Köln. Z.)

— Die am 12. Nov. zu **Versailles** verurtheilten Juni-Angeklagten haben heute in den demokratischen Journalen das nachstehende von ihnen unterzeichnete und aus der Conciergerie von Versailles unterm 14. datirte Schreiben veröffentlichen lassen: Bürger Redacteur! Der Urtheisspruch des hohen Gerichtshofes zu Versailles gehört der Geschichte an; sie wird in ihrer Unpartheilichkeit richten; damit sie aber sich ausspreche, müssen die Thatsachen ihr genau bekannt sein. Es heißt in dem Urtheilsspruch: „Nach Anhörung der Vertheidiger der Angeklagten." Als der Präsident diese Worte aussprach, erklärten alle Angeklagten, daß gar keine Vertheidigung Statt gefunden habe. Es ist wahr, daß gegen unsere Erwartung sich Advokaten des Büreau's von Versailles gefunden haben, welche einwilligten, auf der Bank der Vertheidigung Platz zu nehmen, aber eines Theils haben diese Advokaten bei Uebernahme einer Verantwortlichkeit, deren Gewicht sie allein tragen werden, erklärt, daß sie nur sitzen würden, um der Aufforderung des hohen Gerichtshofes zu gehorchen, und daß keiner von ihnen das Wort nehmen werde, und anderntheils ist ihre Anwesenheit auf den Bänken der Vertheidigung durch den Bürger Deville, einen der Angeklagten, im Namen Aller desavouirt worden. Es ist also unrichtig, wenn das Urtheil sagt: „Nach Anhörung der Vertheidiger der

Angeklagten." Keiner von ihnen hat das Wort genommen; sie konnten es nicht nehmen, da ihnen diese Befugniß untersagt worden war. Wir sind verurtheilt worden, ohne gehört worden zu sein. (Köln. Zeit.)

— Die heutige Sitzung des hohen Gerichtshofes zu Versailles wurde um 12 Uhr eröffnet. Der Saal ist fast leer; einige Verwandten der Contumacial-Angeklagten nebst den Journalisten und den Schnellschreibern des „Moniteur" sind so ziemlich die einzigen Anwesenden. Der Huissier ruft auf Geheiß des Präsidenten die 36 Angeklagten, welche sich nicht gestellt haben und worunter von bekannteren Namen Ledru-Rollin, Considerant, Thoré, Madier de Montjau (d. Jüngere), Ribeyrolles, M. Bernard, Boichot, Rattier, F. Pyat, Cantagrel, Kersausie, Et. Arago, König, Vilain, Delescluze und Lechevalier sich befinden, einzeln auf, ohne daß Jemand antwortet. Diese Angeklagten theilen sich in vier Kategorieen: 1) demokratisch-socialistisches Comite (Fünfundzwanziger Kommission); 2) Comite der Presse; 3) Volks-Repräsentanten, deren Zahl 20 beträgt; 4) Artilleristen. Nachdem die im Anklage-Akt gegen alle Angeklagten dieser vier Kategorieen erhobenen Beschuldigungen nebst den zur Begründung derselben dargelegten Thatsachen und Ermittelungen verlesen worden sind, faßt das öffentliche Ministerium die Anklage nochmals kurz zusammen; sie lautet gegen Pardigon, Duverdier, Cocur-de-Roy, Thoré, Lechevalier, Delescluze und Ribeyrolles auf Theilnahme an einem Complot, welches zum Zweck hatte, die Regierung zu stürzen oder zu verändern, und dadurch, daß die Bürger gegen einander bewaffnet oder zur Bewaffnung aufgereizt wurden, zum Bürgerkriege aufzureizen. Gegen alle übrigen Angeklagten lautet die Anklage auf Theilnahme an gedachtem Complot und außerdem auf Theilnahme an einem Attentat, welches mit dem Complot ganz denselben Zweck hatte. Der General-Prokurator trägt sodann, in Erwägung, daß die Procedur in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise vor sich gegangen sei, darauf an, daß es dem Gerichtshofe gefallen möge, die Artikel 87, 89 und 92 des Straf-Gesetzbuchs, wie sie durch Art. 25 der Verfassung abgeändert seien, auf die Contumacial-Angeklagten in Anwendung zu bringen. Der Gerichtshof zieht sich zur Berathung zurück; nach drei Viertelstunden erscheint er wieder im Sitzungssaale, und der Präsident verliest einen Beschluß, welcher sämmtliche Contumacial-Angeklagte zur Strafe der Deportation verurtheilt. Hierauf wird die Sitzung aufgehoben.

— In der heutigen Sitzung der National-Versammlung steht auf der Tagesordnung die Diskussion des Vorschlages von Desmousseaux de Givré, wonach die National-Versammlung ein für alle Mal erklären soll, daß sie keinen öffentlichen Feierlichkeiten weder in corpore noch durch Deputationen beiwohnen wird. Die Veranlassung zu diesem Vorschlag war ein neulicher Vorfall bei der Installation der Magistratur im Justiz-Palast, wo man dem Präsidenten der National-Versammlung einen niedrigeren Platz zugedacht hatte, als dem Präsidenten der Republik. Der General Leflo, Quästor der National-Versammlung, hält es für nöthig, daß allerdings die National-Versammlung die Regeln ihres Erscheinens bei öffentlichen Feierlichkeiten feststelle. Es müsse aufhören, daß man die Versammlung „einlade", ihr Plätze anweise u. dgl., und diese werde daher am besten thun, im Voraus in ihrer Souverainetät zu bestimmen, wie sie sich bei vorkommenden Feierlichkeiten verhalten, welche Plätze sie einnehmen wolle u. s. w. Bei der Abstimmung erhebt sich nicht nur die Linke, sondern auch — was Aufsehen erregt — die ganze äußerste Rechte für die Inbetrachtnahme des Vorschlages, die nach der Bemerkung des Generals Leflo nicht die Annahme desselben mit sich bringt, sondern Gelegenheit giebt, andere Vorschläge zur Beseitigung des in Rede stehenden Uebelstandes einzubringen. — In dem Resultat dieser Abstimmung sieht man ein erstes Zeichen der Animosität der National-Versammlung gegen den Präsidenten der Republik. Die hierauf folgenden Gegenstände der Tagesordnung sind von durchaus untergeordneter Bedeutung; eine Creditforderung der Regierung für die National-Gestüte wird nach kurzer Debatte genehmigt.

Paris, den 15. Novbr. Beim Antritt seines Amtes hat Hr. Carlier einen Aufruf an die Einwohner erlassen, der nichts weniger als die Wirkung hervorgebracht hat, welche der neue Polizei-Präfekt und der Minister des Innern davon erwartet haben. Neben den in solchen Fällen üblichen Versprechungen und Mahnungen erklärte Hr. Carlier dem Socialismus und den Socialisten den Krieg, und forderte alle guten Bürger auf, in ihrer Familie, in ihren Werkstätten, kurz, in ihren Kreisen nach Kräften mitzuwirken an der Vertilgung dieses allgemeinen Feindes. „Die guten Bürger", denen der Socialismus und noch mehr die Socialisten ein Gräuel sind, wußten nicht recht, was der Hr. Polizei-Präfekt eigentlich von ihnen verlangte. Sollten sie etwa, wenn sie in ihren Werkstätten und Fabriken Arbeiter haben, die im Geruche des Socialismus stehen, dieselben aus der Arbeit entlassen oder als Socialisten dem Hrn. Carlier denunciren? Noch weniger konnten „die guten Bürger" verstehen, wie er denn eigentlich dem Socialismus oder den Socialisten den Krieg machen werde, da weder der Socialismus als Lehre vom Gesetze verpönt ist, noch weniger die Socialisten als solche geächtet sind. So dachten „die guten Bürger" des Herrn Polizei-Präfekten; die nicht guten Bürger desselben aber lassen es bei diesen harmlosen Betrachtungen nicht bewenden: sie schreien, und nicht mit Unrecht, Weh und Zeter über Hrn. Carlier, der sein Amt mit einer offenbaren Verletzung der Constitution antrete, indem er ihnen verbiete, über die Art und Weise, wie man aus der alten eine neue Gesellschaft machen könne, eine wahre oder falsche Ansicht zu haben und, im Falle sie eine hätten, zu übermachen, zu verfolgen drohe. Mehrere Tage hinter einander ertönte in den demokratischen Blättern ein einstimmiges Hallo gegen den Präfekten, und die konservative Presse konnte ihn nicht vertheidigen, eben weil er im Unrecht war. Um von diesem Unrecht zurückzukommen, erläßt nun Herr Carlier an alle Polizeiagenten ein Rundschreiben, das denselben schlechterdings nichts Neues sagt; denn die Instruktionen, die er ihnen giebt, sind so alt, als ihr Amt; von Sozialismus und Socialisten aber ist keine Rede darin. — Die Nachrichten aus Algerien lauten noch immer ungünstig. Aus Constantine wird unterm 7. November berichtet: Die Belagerung der Zaatcha schreitet langsam vorwärts und täglich mehren sich unsere Verluste. Pierre Bonaparte war mit seinem Bataillon der Fremden-Legion mit Vollführung eines Handstreiches gegen Lichana beauftragt, einen Flecken von 1800 Einwohnern, der eine Stunde südlich von der Zaatcha liegt und von wo letzterer stets Verstärkungen und Munition zukommen. Das Unternehmen mißlang; P. Bonaparte konnte die vor Lichana liegenden Palmengehölze nicht durchbrechen, sondern ward mit großem Verluste zurückgeworfen. Der General hat ihm darauf eine Sendung nach Algier übertragen, wo er vom General-Gouverneur neue Verstärkungen begehren soll. Seit dem Beginne des Angriffes auf die Zaatcha, d. h. in 25 Tagen der Belagerung, während deren viermal gestürmt wurde, zählen wir 50 Offiziere und 800 Unteroffiziere und Soldaten an Todten und Verwundeten, ohne daß irgend ein Erfolg errungen ward. Die Verlängerung der Belagerung beginnt schon den Aufruhr in der übrigen Provinz zu ermuthigen. Hie und da wird der heilige Krieg gepredigt, und sollte uns ein ernstlicher Unfall zustoßen, so würde ohne Zweifel ein allgemeiner Aufstand gegen unsere Herrschaft losbrechen. Eine erwiesene Thatsache ist es, daß Deserteure der Fremden-Legion und des Bataillons von Africa den Feind durch ihre in unseren Reihen erworbene Erfahrung unterstützen.

Paris, den 16. November, Morgens. (Köln. Ztg.) Der Justizminister wird heute der National-Versammlung einen Gesetzentwurf vorlegen, welcher in Erwägung der Verurtheilung, welche mehrere Mitglieder der Versammlung getroffen hat, erklären wird, daß dieselben aufgehört haben, Volks-Vertreter zu sein, und daß daher zu ihrer Ersetzung durch Neuwahlen geschritten werden muß. Wie es heißt, wollen die hiesigen Socialisten die Wahl des freigesprochenen Forestier durchzusetzen suchen. — Die verurtheilten Juni-Angeklagten sind gestern Morgen zu Doullens, ihrem vorläufigen Aufenthalte, angelangt. Von Paris aus wurden sie durch eine Escadron Cuirassire escortirt, welche zu Sevres durch eine Escadron Dragoner abgelöst wurde.

Paris, den 16. November, Abends. Der Kriegsminister hat in der National-Versammlung erklärt, er hoffe, bis zum nächsten Januar die Armee um 120,000 Mann vermindern zu können, wonach der Effektivbestand nicht mehr als 380,000 betragen werde. — Herr Guizot ist mit seiner Familie in Paris eingetroffen. — General Lahitti ist zum Gesandten in Berlin ernannt. — Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten ist noch nicht ernannt. (Köln. Z.)

Großbritanien und Irland.

London, den 15. Nov. Durch eine Proclamation der Königin war es festgesetzt, daß am 15. d. M. eine religiöse Feier wegen Abnahme der Cholera Statt finden sollte. Der heutige Tag wurde denn auch streng als Buß- und Bettag beobachtet. Das Geschäft war eben so vollständig unterbrochen, wie an Sonntagen; auf dem Flusse herrschte sogar noch weniger Leben, und in Pfarrkirchen und Kapellen wurde Gottesdienst abgehalten. — Die Blätter veröffentlichen ein Handschreiben der Königin an den Primas von England, den Erzbischof von Canterbury, in welchem sie die Unterstützung der Geistlichkeit zu Gunsten der „National-Gesellschaft zur Beförderung und Erziehung der Armen" in Anspruch nimmt. Da es mit den Finanzen dieser Gesellschaft ziemlich schlecht steht, so sollen die Bischöfe die unter ihnen stehenden Pfarrer veranlassen, ihre Gemeinde-Angehörigen zu reichlichen Beiträgen für den genannten Verein zu vermögen. (Köln. Z.)

Spanien.

Madrid, den 10. November. In der Deputirtenkammer gab gestern der Minister des Auswärtigen die wichtige Erklärung, daß die Regierung dem Truppencorps in Italien den Befehl zur schleunigsten Rückkehr nach Spanien zugeschickt habe. Die Deputirtenkammer hat sich gestern, da ihre Tagesordnung erschöpft war, auf unbestimmte Zeit vertagt. — Uebermorgen giebt die Königin dem Prinzen Georg von Preußen, der uns nächste Woche verläßt, ein großes Festessen. — Vorgestern wurden der „Clamor publico" und zwei andere Journale auf Befehl des politischen Chefs mit Beschlag belegt. (Köln. Z.)

Rußland und Polen.

Von der Polnischen Gränze, den 10. November. (K. Z.) Seit einigen Tagen haben wir in unserem benachbarten Kalisch eine große Untersuchung demagogischer Umtriebe, eine Untersuchung, wie sie vielleicht noch nirgends vorgekommen ist. Es ist an die höchsten Behörden nach Warschau berichtet, daß man eine politisch-gefährliche Agitation — unter jungen Mädchen entdeckt habe, und es wurde von dort aus eine besondere Untersuchungs-Commission in Kalisch niedergesetzt. In der sehr besuchten Erziehungs-Anstalt der Fräulein Fülleborn sind nun in diesen Tagen über 40 junge Mädchen verhört worden; die Commission hat ihre Kästchen, Musikalien, namentlich aber die Schreibbücher einer genauen Controle unterworfen, aber bis jetzt nur unerhebliche Sachen gefunden, einige patriotische Gedichte, nationale Lieder und Tänze wurden mit Beschlag belegt. Die Commission besteht aus einem Russischen Oberst und mehreren Polizei-Beamten. Die jungen Demagoginnen werden einzeln zu Protokoll vernommen, sollen sich aber bei ihren Aussagen ganz trefflich halten. Auch Confrontationen sind vorgekommen; die Tochter des Bürgermeisters Stuzewski von Kalisch, welche die Anstalt besucht, tritt als Belastungszeugin auf und sagt jeder ihrer Mitschülerinnen ins Gesicht, was diese jemals Patriotisches geäußert, was sie für Lieder gesungen, Melodieen gespielt oder Verse vorgetragen. Man ist allgemein gespannt auf den Ausgang dieser merkwürdigen Untersuchung.

Vermischtes.

Die in den heute angekommenen Englischen Blättern mitgetheilte Fortsetzung der Geständnisse Manning's enthält eine ausführliche Erzählung des Verfahrens der beiden Verbrecher mit dem Leichnam, der Verwerthung der erbeuteten Papiere und sonstiger Nebenumstände. Von psychologischem Interesse dürfte nur noch sein, daß das Weib, als sie mit ihrem Manne beschäftigt war, die Erde über dem Leichnam festzustampfen, äußerte, sie sei glücklich, einen der größten alten Schurken aus der Welt geschafft zu haben. „Fragt Jemand nach O'Connor, so laß mich antworten, ich habe die Nerven eines Pferdes." Später: „Faßt mich Jemand, so schieße ich erst ihm, dann mir selbst eine Kugel vor den Kopf." Von der Französischen Revolution sprach sie viel, und bedauerte, daß so viele brave junge Leute dabei um's Leben gekommen seien. Dann äußerte sie wieder, sie wolle lieber sterben als nicht „Geld machen." Daß sie keine Gebete, „damit ihm Gott seine Sünden vergebe," über dem Leichnam gelesen hatte, beklagte sie! — Hier endigen Manning's Bekenntnisse, die er selbst mit seiner Unterschrift als korrekt bestätigt hat. — Alle Zeitungen stellen Betrachtungen über die Verworfenheit jenes Weibes an, welche noch bis zum letzten Augenblick ihre Schuld leugnete, über Todesstrafe überhaupt, öffentliche Hinrichtungen u. s. w. Charles Dickens (Boz) hat den „Times" einen Brief geschrieben, in dem er seine sittliche Entrüstung über derlei öffentliche Schauspiele ausdrückt. Er hat, wie er sagt, schon die ganze Nacht vor der Hinrichtung die Haltung der Bevölkerung beobachtet, und Züge entdeckt, die ihn schaudern machten, namentlich bei der Jugend. Einige Scenen schildert er in den grellsten Farben. (Berl. N.)

Locales 2c.

‡ Bromberg, den 18. November. Wieder taucht nach langer Zeit hier das Gerücht von einer Volksversammlung auf; die ganze Bevölkerung unserer Stadt und des Netzgau's ist in einer gewissen Unruhe über ihre nächste Zukunft. Die Demarkationslinie muß gezogen werden, das sieht Jeder, denn die Polen können nicht zum Deutschen Reichstage mitwählen; aber, ob dieselbe zugleich eine Auflösung des Provinzialverbandes mit sich bringt, oder ob sie nur das sprachliche Element berücksichtigt, das ist's eben, was die Gemüther in Unruhe versetzt. In dieser Beziehung hat nun aber ein großer Theil unserer Bevölkerung seine entschiedene Stimme bereits seit dem Anfange des vorigen Jahres erhoben und es deutlich ausgesprochen, daß sie fortan mit dem Großherzogthume in gar keinem Verbande stehen, sondern zu Weßpreußen geschlagen sein will, zu dem diese ganze Gegend früher gehört hat. Gegen diesen Wunsch sollen aber besonders in neuster Zeit sowohl die in Berlin weilenden Abgeordneten der südlichen Theile der Provinz, als auch die Bewohner derselben eingenommen sein, und die Ansicht der Regierung soll sich für dieselben entscheiden. Dieser Umstand beunruhigt hier die Gemüther, und eine Volksversammlung soll in nächster Zeit zusammenberufen werden, um die entschiedene Willensrichtung der hiesigen Gegend nochmals auszusprechen. Freilich kann man diesen Wunsch wohl erklärlich finden, wenn man unsere Gegend kennt; die fast allein herrschende Deutsche Sprache, die ganz Deutschen Einrichtungen, ferner die Geschichte des Netzgaus, Alles spricht dafür. Andererseits aber ist auch wohl zu berücksichtigen, daß man durch die Ziehung der Demarkationslinie in dem früher beabsichtigten Sinne geradezu einen Theil unserer Provinz wieder ganz dem Polenthume anheimgiebt, während ohne die Demark.-Linie in diesem abschließenden Sinne auch dieser Theil des Großh. nach und nach von dem Deutschen Elemente durchdrungen und überwunden werden muß. Der ruhige Beobachter kann also nur die Ansicht der Regierung billigen, und es wird daher gewiß, gesetzt auch die Volksversammlung würde zahlreich besucht werden, die Ansicht jener Partei in großer Minorität bleiben. Wir glauben aber zunächst kaum an das Zustandekommen derselben. Denn die Deutsche Bevölkerung in hiesiger Gegend vertraut fest dem Ministerio, das während seiner ganzen Amtsführung so energische, und zugleich so wohlberechnete Schritte zum Heile des Vaterlandes gethan hat. Ueberdies aber ist das Central-Comitée für die Interessen des Netzgaus seit längerer Zeit nicht mehr vorhanden, und entbehrte auch schon in der letzten Zeit seines Bestehens so sehr der Unterstützung seiner Committenten, daß noch bedeutende Summen für Drucksachen 2c. von demselben zu berichtigen sind. Es scheint also Alles dafür zu sprechen, daß die Ziehung einer Demarkationslinie, die nur das sprachliche Element berücksichtigt, ungehindert werde in Ausführung gebracht werden.

Y **Zur Chronik Posens.** (Fortsetzung.)

Die Bevölkerung Posens nach der Nationalität. Die ältesten Bewohner Posens waren ohne Zweifel lechitischen oder slavischen Ursprungs. Im Anfange des 13. Jahrhunderts ließen sich die ersten Deutschen hier nieder und zu Ende desselben oder im Anfange des 14. erschienen die ersten Juden; im 16. Säculum treffen wir viele schottische, italienische und griechische Einwohner. — Nach Gründung der Stadt am linken Wartheufer zogen die Piasten auch Deutsche in dieselbe, überwiesen ihnen hier Wohnsitze, verliehen ihnen das Magdeburger Recht, und gesellten ihnen auch die Uebersiedler polnischer Abkunft bei, jedoch so, daß diese immer die Mehrzahl bildeten. Unter dem König Lokietek, der die Deutschen nicht gern sah, und unter Kasimir dem Großen, der sie auch nicht besonders begünstigte, wurden sie nicht nur von den Polen an Anzahl, sondern auch an Wohlstand und Einfluß übertroffen. Unter den Jagiellonen blieb dasselbe Verhältniß, ja die polnische Nationalität überwog auf dem linken Wartheufer die deutsche so sehr, daß die deutschen Familien der damaligen Zeit zu jener übergingen; die polnische Sprache war die einzige in den städtischen, in den Civil- und Kriminalacten, die allein gebräuchliche im Umgange, dem Verkehr, in den Statuten der Innungen und allen amtlichen Verhandlungen. Der Polonismus blieb in Posen vorherrschend bis ins 18. Jahrhundert. Zur Erhaltung dieses Uebergewichts trugen Jesuiten, Klöster und Adel viel bei. Bei der Besitznahme Posens durch Preußen bestand die Bevölkerung aus $\frac{7}{12}$ Polen, $\frac{2}{12}$ Deutsche und $\frac{3}{12}$ Juden. Schon im 13. Jahrhundert ließen sich viele Deutsche in Posen nieder und bewohnten zunächst die Stadttheile am rechten Wartheufer. So waren 1284 der Bürgermeister Grasenau, die Räthe Merkel und Pathe unzweifelhaft Deutsche; besonders waren sie Handwerker, welche sowohl an Bildung, als an Ordnungsliebe, Fleiß und Ausdauer ihre polnischen Mitbürger stets übertrafen und dadurch bald zu Wohlstand und Ansehn gelangten. Mehrere Jahrhunderte hindurch bewahrten die Deutschen ihre Sprache und Nationalität, namentlich dadurch, daß nach Vereinigung der Preußischen Wojewodschaften mit Posen viele deutsche Familien aus Danzig, Elbing, Thorn und andern Städten hierher übersiedelten, wo ihnen das Magdeburger Recht viele Vortheile versprach. Unter Kasimir IV. unterhielten sie an der Pfarrkirche einen deutschkatholischen Priester, der deutsch predigte und dem die deutsche Kaufmannsgilde am finstern Thor eine Pfarrwohnung bauete mit der Ueberschrift: „Anno Christi 1503. 10 J. is vorbrocht dyße vonugk eines deutzy pdygs durch huld deutscher koffleute," d. h. den 10. J. ist vollbracht diese Wohnung eines deutschen Predigers durch Huld deutscher Kaufleute. Als aber mit dem Erscheinen der Jesuiten auch die Religionsverfolgungen begannen und alle Lutheraner auf's Härteste und Ausdauerndste bedrückt wurden, so verließen die meisten deutschen Familien Posen, die deutschen Predigten hörten auf und die deutsche Sprache schwand immer mehr, bis zu Anfang des 18. Jahrhunderts, wo sich die deutschen wieder mehr Schutz und Begünstigung versprachen. Sie mehrten sich namentlich unter Stanislaus August, der den Deutschen Religionsfreiheit zusicherten, so sehr, daß auf 5 Polen 1 Deutscher kam. Die Einwohner deutscher Abkunft beschäftigten sich namentlich mit Handel und Gewerben und waren meist Gerber, Schuhmacher, Goldarbeiter, Uhrmacher und auch Aerzte.

Die Juden sind wahrscheinlich erst am Ende des 13. Jahrhunderts nach Posen gekommen, da ihrer im Gründungsprivilegium von 1253 nicht erwähnt ist. Erst 1399 geschieht ihrer in den Archivacten Erwähnung, obgleich nach einer unter den Posener Juden allgemein verbreiteten Sage schon 1367 die erste Synagoge dem Dominikanerkloster gegenüber gegründet worden sein soll. Dies scheint um so glaubwürdiger, als Kasimir der Große aus Einfluß seiner schönen jüdischen Conkubinen Esther die Juden in Polen außerordentlich begünstigte und dadurch viele ins Land lockte. Sie standen nicht unter städtischer Jurisdiction, bewohnten besondere, ihnen angewiesene Straßen und waren vielen Bedrückungen unterworfen, die sogar bisweilen in Mord und Blutvergießen ausarteten. So wurde ihnen eine 1468 ausgebrochenene Feuersbrunst zur Last gelegt, und sie dafür gemißhandelt, ihre Häuser zerstört, ihre Läden geplündert und Mehrere erschlagen. Der Handel wurde ihnen erschwert, der Detailhandel 1523 verboten und der Einkauf auf den Wochenmärkten theils nur im Ganzen oder erst nach Befriedigung der christlichen Käufer gestattet. Dessenungeachtet suchten sie mit List und Ausdauer ihrem Handel Ausdehnung zu verschaffen, wozu der geldgierige Adel, der ihnen seine Häuser theuer verkaufte oder verpachtete und sie gegen den Magistrat in Schutz nahm, nicht wenig die Hand bot. Im 16. Jahrh. besaßen sie in der Judenstraße 49 Häuser, mehrere in andern Straßen und Läden in allen Hauptstraßen und selbst am Marktplatze. (Forsetzung folgt.)

Personal-Chronik.

Bromberg, drn 16. Novbr. (Amtsbl. No. 46.) Des Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, den bisherigen hiesigen Regierungs-Präsidenten, Freiherrn v. Schleinitz zum Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien zu ernennen; die Versetzung des Ober-Regierungsraths Koch als Dirigent der Abtheilung des Innern zur Regierung in Frankfurt a/O. zu bestimmen und dagegen den bisher bei der Regierung zu Potsdam beschäftigten Regierungs-Rath Schubring zum Ober-Regierungsrath und Dirigenten der Abtheilung des Innern bei der hiesigen Regierung zu ernennen. — Der Feldmesser Stanislaus Ludwig Bona ist als solcher vereidigt. — Dem Apotheker Pielke in Gollancz ist die Concession zur Anlegung einer Apotheke daselbst ertheilt worden. — Der praktische Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer Dr. Barschall aus Straßburg in Westpreußen hat sich in der Stadt Fordon niedergelassen.

Verantw. Redakteur: C. E. H. Violet.

Wir sind erfreut, den Bewohnern unserer Stadt einen hohen musikalischen Genuß versprechen zu können, indem ein früherer Schüler Davids und Landsmann Lipinski's, Herr **Biernacki**, der als Stern erster Größe am musikalischen Kunsthimmel aufzusteigen beginnt, sich entschlossen hat, in den nächsten Tagen hier ein Conzert zu geben. Daß Herr **Biernacki** die technischen Schwierigkeiten des Instruments in jeder Richtung beherrscht, möchten wir hier weniger hervorheben, da das neueste Virtuosenthum sich dem Auffinden und Ueberwinden derselben zu ausschließlich hingegeben hat; das aber ist zu rühmen, daß Hrn. **Biernacki** diese Herrschaft nur Mittel zum Zweck ist, um den musikalischen Gedanken und den Charakter des Instrumentes in der Wahl der Compositionen wie durch beseelten Ausdruck, durch Kraft und Eleganz des Vortrags zur vollsten Geltung zu bringen. Seit der Anwesenheit von Ernst hat nach unserer Ueberzeugung sich kein Meister von so vielseitiger Vollendung wie Herr **Biernacki** bei uns hören lassen.

N.

Aus dem Löbauer Kreise. Der Landrath des Löbauer Kreises in Westpreußen, **Beneckendorff-Hindenburg**, bekannt durch die vielen Angriffe und Verdächtigungen, welche er als deutscher Gegen-Kandidat bei mehreren Wahlen für die II. Kammer, von Seiten der in den Kreisen **Löbau** und **Straßburg** überlegenen polnischen Parthei ausgesetzt war, und durch sein bei jeder Gelegenheit bemerkbar gewordenes entschiedenes Auftreten im Interesse des Königthums und der Deutschen Nationalität, hat im **Löbauer** Kreisblatte bei Gelegenheit seiner Versetzung nach dem **Posener** Landkreise, nachstehenden Abschiedsgruß an seine deutschen und polnischen Mitbürger erlassen, welcher den Standpunkt dieses Beamten allen Verdächtigungen gegenüber hinreichend bezeichnet.

Geehrte Mitbürger des Löbauer Kreises!

Vom Königl. Ministerio mit der Verwaltung des Posener Kreises beauftragt, scheide ich aus Ihrer Mitte, nachdem ich länger als 21 Jahre mit Ihnen gute und böse Tage getheilt und gemeinschaftlich mit Ihnen die ereignißreichen Gestaltungen der letzten Vergangenheit durchlebt habe. Ich scheide mit dem Bewußtseyn, Ihnen Allen mit warmem Herzen angehört und, so weit ich es verstand, Ihre Interessen treu vertreten zu haben. Ich scheide mit tiefer Wehmuth, denn ich empfing in Ihrer Mitte vielfache Begnadigungen der Vorsehung, welche mir diese Gegend stets unvergeßlich machen, und mannigfache Beweise von Zuneigung und Vertrauen, welche für immer in mein dankbares Herz geschrieben sind.

Die Gnade Gottes, ohne welche es kein Heil giebt auf den Irrwegen dieser Welt, walte auch ferner segensreich über Ihnen. Sie kräftige Sie für die Kämpfe der Zeit durch Eintracht und Versöhnlichkeit. Sie vereinige Sie in unerschütterlicher Treue für den König, in aufopfernder Hingebung für unser gemeinsames Vaterland. Sie verleihe Ihnen das Kleinod, nach welchem alle Völker ringen, gegenseitige Bruderliebe!

In diesem Geiste drücke ich Ihnen Allen die Hand zum Abschiedsgruß. Ihr Andenken wird nie in meiner Brust erlöschen, möchte Ihnen das meinige stets das eines Freundes seyn.

Neumark, den 28. October 1849.

Der Landrath v. **Hindenburg**.

Markt-Berichte.

Posen, den 19. November.

Weizen 1 Rthlr. 23 Sgr. 4 Pf. bis 2 Rthlr. Roggen 26 Sgr. 8 Pf bis 1 Rtlr. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 26 Sgr. 8 Pf. Hafer 14 Sgr. 5 Pf. bis 16 Sgr. Buchweizen 20 Sgr. bis 24 Sgr. 5 Pf. Kartoffeln 9 Sgr. bis 10 Sgr. Heu der Centner zu 110 Pfund 18 Sgr. bis 22 Sgr. Stroh das Schock zu 1200 Pfund 4 Rthlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter ein Faß zu 8 Pfd. 1 Rthlr. 12 Sgr. 6 Pf. bis 1 Rthlr. 17 Sgr. 6 Pf.

Posen, den 19. November. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus pr. Tonne von 120 Quart zu 80% Trall. $11\frac{5}{6}$—12 Rthlr.

Berlin, den 19. November.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 51—56 Rthlr. Roggen loco und schwimmend $26\frac{1}{2}$—$28\frac{1}{2}$ Rthlr., pr. Novbr. u. December $26\frac{1}{2}$ Rthlr. bez., pr. Frühjahr 28 Rthlr. Br., $27\frac{1}{2}$ G. Gerste, große loco 24—26 Rthlr., kleine 20—22 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 16—18 Rthlr., pr. Frühjahr 48pfd. 16 Rthlr. Br., $15\frac{1}{2}$ G., 50pfünd. $16\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $16\frac{1}{4}$ G. Rüböl loco $14\frac{3}{4}$ Rthlr. bez. u. Br., $14\frac{2}{3}$ G., pr. November $14\frac{1}{2}$ a $\frac{2}{3}$ bez. $14\frac{3}{4}$ Br., $\frac{2}{3}$ G., November/Decbr. $14\frac{5}{12}$ à $\frac{3}{8}$ Rthlr. bez., $14\frac{2}{3}$ Br., $\frac{7}{12}$ G., Decbr./Januar $14\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $14\frac{7}{12}$ bez. u. G., Jan./Februar $14\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{3}$ bez. u. G., Febr./März $14\frac{1}{3}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{6}$ G., März/April 14 Rthlr. Br., $13\frac{5}{6}$ G., April/Mai $13\frac{7}{8}$ Rthlr. Br., $13\frac{3}{4}$ G. Leinöl loco $12\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $12\frac{5}{12}$ bez., November/Decbr. $12\frac{5}{12}$ Rthlr. Br., $12\frac{1}{4}$ G., pr. Frühjahr $11\frac{3}{4}$ Rthlr. Mohnöl $15\frac{1}{2}$ a Rthlr. Hanföl $13\frac{1}{2}$ Rthlr. Palmöl $12\frac{1}{3}$ Rthlr. Südsee-Thran $12\frac{1}{3}$ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß $14\frac{1}{6}$ a $\frac{1}{4}$ Rthlr. bez., mit Faß pr. Novbr. u. Novbr./December $14\frac{1}{12}$ Rthlr. Br., 14 G., pr. Frühjahr $15\frac{2}{3}$ Rthlr. Br., $15\frac{7}{12}$ G.

Berliner Börse.

Den 17. November 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	$106\frac{11}{12}$	—
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	—	$88\frac{5}{8}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	102	$101\frac{1}{2}$
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	$85\frac{1}{4}$
Berliner Stadt-Obligationen	5	—	$103\frac{1}{4}$
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	—	$89\frac{1}{4}$
Grossh. Posener "	4	—	—
" "	$3\frac{1}{2}$	—	$89\frac{3}{4}$
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	—	$94\frac{3}{4}$
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	$95\frac{3}{4}$	$95\frac{1}{4}$
Kur- u. Neumärk. "	$3\frac{1}{2}$	$95\frac{3}{4}$	$95\frac{1}{4}$
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	$94\frac{11}{12}$	$94\frac{1}{12}$
" v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	$95\frac{3}{4}$	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{3}{4}$	$12\frac{1}{4}$
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	86	—
" Prioritäts-	4	—	$93\frac{1}{2}$
Berlin-Hamburger	4	82	82
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	$98\frac{1}{2}$	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	65	—
" " Prior. A. B.	4	92	—
" " "	5	101	—
Berlin-Stettiner	4	$104\frac{1}{4}$	$104\frac{1}{2}$
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	$94\frac{3}{4}$	$94\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$100\frac{1}{4}$
Magdeburg-Halberstädter	4	—	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	$83\frac{1}{2}$	$83\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	4	—	$93\frac{1}{2}$
" "	5	—	$102\frac{1}{2}$
" " III. Serie	5	102	—
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	$108\frac{3}{4}$	—
" " B.	$3\frac{1}{2}$	—	$104\frac{1}{2}$
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	$79\frac{1}{2}$	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	4	66	—
Stargard-Posener	$3\frac{1}{2}$	$84\frac{3}{4}$	—

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.